



Home
Politik + Gesellschaft

Stichwortsuche
OK
[Mehr Optionen](#)

Kurssuche
OK
[Mehr Optionen](#)

Trader-Box

Das Kapital

Selbst eine Depression ist möglich [Artikel](#)

Das höhere Risiko ist im US-Markt noch nicht drin [Artikel](#)

Der Ölpreis wird auf lange Sicht stärker schwanken [Artikel](#)

Analystenstimmen

Morgan Stanley stuft RTL auf underperfom zurück [Artikel](#)

WGZ-Bank bestätigt RWE mit 'Outperformer' [Artikel](#)

Goldman Sachs hält Merck auf 'Market Outperformer' [Artikel](#)

[Weitere Artikel](#)

Neuemissionen

Prada verschiebt seinen Gang an die Börse [Artikel](#)

Fußballverein Juventus Turin geht an die Börse [Artikel](#)

Börse Inside strebt an den Freiverkehr [Artikel](#)

Graumarkt-Kurse

[Börsenticker](#)
[Windows Börsenticker abrufen](#)

[ftd.de als Startseite](#)

Recherche

Zeitung

Palm, Handy & Co

Leserbriefe

Registrieren

Stellenmarkt

Book-Shop

Kontakt

Politik + Gesellschaft / Deutschland

Home	Latest News Edition	Fonds-Tools	Aktien-Tools
Politik + Gesellschaft	Unternehmen + Branchen	Technik + Medien	Börsen + Märkte

ftd.de, Fr, 22.6.2001, 15:30

Schmerzensgeld für Strahlenopfer gefordert

Der Anwalt von Strahlenopfern der Bundeswehr hat Schmerzensgeld in Millionenhöhe für die Soldaten verlangt. Auch ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee wollen Zahlungen durchsetzen.

Die Bundeswehr habe Radartechniker in den 60er, 70er und Anfang der 80er Jahre wissentlich "verheizt", sagte der Berliner Anwalt Reiner Geulen am Freitag. Sollte das Verteidigungsministerium die Rentenansprüche und Schmerzensgeldforderungen nicht schon in den nächsten Wochen anerkennen, werde gerichtlich vorgegangen. Möglich seien Musterklagen bis zum Bundesverfassungsgericht. Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) hatte am Vortag großzügige und "streitfreie" Regelungen noch in diesem Jahr angekündigt.

Die Strahlenbelastung der Betroffenen habe den höchstzulässigen Grenzwert für die Bevölkerung pro Jahr um das 5000 bis 20.000fache überschritten. Dokumente belegten, dass die Bundeswehr seit Ende der 50er Jahre über die Risiken informiert gewesen sei, dennoch die Radargeräte nicht mit den nötigen Schutzausrüstungen ausgerüstet und ihre Mitarbeiter auch nicht gewarnt habe.

Leukämie und Missbildungen

Bei den mehr als 100 Mandanten, die der Anwalt vertrete, seien unter anderem Leukämie und Missbildungen der Kinder die Folge gewesen. Im Interesse der Kranken werde eine außergerichtliche, aber schnelle Einigung angestrebt. Bis zum 16. Juli solle Scharping mitteilen, ob er die Ansprüche anerkenne, zu deren Erstattung das Ministerium verpflichtet sei. Der Vertreter der Opfer, Roger Steinbauer, sagte, nach seinen Erfahrungen mit der Ministerialbürokratie sei er skeptisch.

Geulen hat nach eigenen Angaben mit der Selbsthilfeorganisation der Opfer, dem Bund zur Unterstützung Radargeschädigter und dem Gesundheitsinternetportal medicine-worldwide genau ermittelt, an welchen Geräten die Betroffenen seit den 60er Jahren gearbeitet hatten und welcher Strahlenbelastung sie ausgesetzt waren. Die Überprüfungen gingen weit über den Bericht der von Scharping eingesetzten

Weitere News

Unternehmen + Branchen

Einstellungsstopp, aber keine Entlassungen [Artikel](#)

Benzin teurer - Opec-Öl billiger [Artikel](#)

Steuererhöhung überrascht Assekuranz [Artikel](#)

Technik + Medien

ComputeC verklagt Axel Springer Verlag [Artikel](#)

Nimda-Virus steckt in Webseiten [Artikel](#)

Prognosebestätigung lässt Kurs klettern [Artikel](#)

Börsen + Märkte

Die Flugzeugbauer trifft es doppelt hart [Artikel](#)

Unsicherheit überwiegt [Artikel](#)

Aktien mit doppeltem Boden [Artikel](#)

Partnersites

untersuchungskommission rinaus, die am vorstag Versäumnisse der Bundeswehr eingeräumt hatte, sagte Geulen. Er wirft der Kommission vor, das Verhalten der Bundeswehr zu verharmlosen, indem sie ihr damalige Unkenntnis zu Gute halte.

Auch NVA Soldaten

Auch ehemalige Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) wollen Zahlungen durchsetzen. Der Bund zur Unterstützung Radargeschädigter spricht von vier Opfern, von denen drei gestorben seien. Der Deutsche Bundeswehr-Verband will mögliche Ansprüche prüfen. "Es müsste mit dem Teufel zugehen, wenn es im ehemaligen Warschauer Vertrag nicht auch gesundheitliche Schädigungen durch Radargeräte gab", sagte Verbandschef Bernhard Gertz. Eine Entschädigung sei aber schwieriger, da das Soldatenversorgungsgesetz hier nicht greife.

© dpa

■ Artikel

[Zurück](#)

- [Version zum Drucken](#)
- [Als E-Mail verschicken](#)
- [Leserbrief schreiben](#)

□ [Die aktuellen Artikel aus Politik + Gesellschaft / Deutschland](#)

- Terroristen in Deutschland: Schlafes Brüder
- Terroranschläge: 30 'Schläfer' in Deutschland vermutet
- Riester soll das BHW-Geschäft beflügeln
- Zusätzliche Milliarden für innere Sicherheit
- Bundestag erklärt Bereitschaft zu Militäraktionen

© 1999-2001 Financial Times Deutschland
[Home](#) · [Fonds-Tools](#) · [Aktien-Tools](#)

[Politik + Gesellschaft](#) · [Unternehmen + Branchen](#) · [Technik + Medien](#) · [Börsen + Märkte](#)

Recherche: · [Creditreform](#) · [Hoppenstedt](#) · [Munzinger](#) · [7-Tage-Überblick](#) ·
Zeitung: · [Heute in der Zeitung](#) · [Zeitung abonnieren](#) · [Zeitung-Archiv](#) · [Service für Abonnenten](#) ·

[Leserbriefe](#)

Registrieren: · [Persönliches Profil erstellen](#) · [Newsletter abonnieren](#) · [PDA einrichten](#) · [SMS einrichten](#) · [WAP einrichten](#) · [eBook einrichten](#) · [Guided Tour](#) · [Logout](#)
[Stellenmarkt](#) · [Book-Shop](#)

Kontakt: · [Impressum](#) · [Mail an FTD](#) · [Media](#) · [Jobs bei der FTD](#) · [Wir über uns](#) · [Hilfe](#) · [Sitemap](#)